



BERENBERG

PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Volkswirtschaft, 21.11.2022

Makroausblick 2022

Jan | Feb | Mrz | Apr | Mai | Jun | Jul | Aug | Sep | Okt | **Nov** | Dez



Wichtige Informationen und Hinweise



BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei diesem Dokument und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebenen Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Frühere Wertentwicklungen sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Zur Erklärung verwendeter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung.

Datum: 21.11.2022

- **Konjunktur und Wachstum:** Der Russland-Ukraine-Krieg und die damit einhergehende Energiekrise dominieren weiter den Konjunkturausblick. Der Krieg drückt auf die Stimmung von Verbrauchern und Investoren. Er verschärft die anhaltend hohe Inflation. Die Sanktionen erweisen sich dabei als zweischneidiges Schwert, weil sie in Europa zu einer ausgeprägten Energiekrise führen. Die rigide Corona-Politik der chinesischen Regierung belastet die Weltwirtschaft, auch wenn sich die Lage bei den Lieferketten inzwischen deutlich entspannt hat. Die Eurozone, Großbritannien und die USA stehen am Anfang einer Rezession.
- **Inflation:** Der Russland-Ukraine-Krieg hat die Lage bei den Energiepreisen verschärft, sodass der Preisauftrieb anhält. Der Gas-Lieferstopp belastet. Rohstoff- und Lebensmittelpreise sind die Haupttreiber der Inflation. Allerdings breitet sich die Inflation auf viele andere Gütergruppen aus. Selbst wenn die Spitze der Inflation überwunden sein wird, dürfte die Teuerung nicht auf das sehr niedrige Niveau der 2010er Jahre zurückkehren. Strukturelle Gründe wie die stärkere Bepreisung von CO₂-Emissionen und die zunehmende Knappheit von Arbeitskräften (steigender Lohndruck) sprechen für anhaltend höhere Inflationsraten.
- **Geldpolitik:** Die aktuell hohe Inflation zwingt die Zentralbanken zur geldpolitischen Wende – trotz der negativen konjunkturellen Folgen des Krieges. Die US-Fed, die Bank of England, die Schweizer Nationalbank und schließlich auch die EZB haben die Zinswende eingeleitet und setzen sie mit relativ großen Schritten fort. Mit jeweils 75 Basispunkten hat die EZB zuletzt zwei große Schritte gemacht. Nach vielen Monaten des Zögerns muss das Vertrauen aber erst einmal zurückgewonnen werden. Der Euro-Wechselkurs bleibt vorerst schwach.
- **Zinsen:** Schon lange gibt es Gründe für eine Trendwende bei den Kapitalmarktzinsen. In den vergangenen Jahren haben die Zentralbanken mit ihren Anleihekäufen die Zinswende aber noch verhindert. Da sich die Währungshüter angesichts der gestiegenen Inflationsraten aus den Anleihemärkten zurückziehen, sind die Marktzinsen in diesem Jahr in die Höhe geschossen.

Konjunkturausblick: etwas ausgewogenere Risikoverteilung

Krieg in Europa, eine galoppierende Inflation auf beiden Seiten des Atlantiks, politische Fehler in China, die Winterrezession in Europa und aggressive Zinserhöhungen in den USA, die weit über das neutrale Niveau hinausgehen – die globale Situation ist, gelinde gesagt, ungewöhnlich schwierig. Aber all dies ist keine Überraschung mehr. Im Großen und Ganzen hat sich die Nachrichtenlage in den letzten vier Wochen für die drei großen Volkswirtschaften der Welt – die USA, China und die Eurozone – stabilisiert. Die Bilanz der Auf- und Abwärtsrisiken für unseren Konjunkturausblick hat sich verbessert. Vor allem ist das Risiko, dass die US-Notenbank die Zinsen deutlich über 5 % anheben könnte, zurückgegangen. Die Anzeichen, dass der Inflations- und Lohndruck in den USA seinen Höhepunkt erreicht hat, verdichten sich. Wir gehen nach wie vor davon aus, dass die Fed ihr Leitzinsziel in den kommenden Monaten um weitere 100 Basispunkte auf 4,75–5,0 % anheben wird. Allerdings wird sich die Fed damit wohl etwas mehr Zeit lassen, als wir bisher angenommen haben. Nach der voraussichtlichen Anhebung um 50 Basispunkte am 14. Dezember rechnen wir nun mit zwei Zinserhöhungen um jeweils 25 Basispunkte am 1. Februar und am 22. März anstelle eines Zinsschritts um 50 Basispunkte am 1. Februar.

Moderat positive Nachrichten auch von der politischen Front in den USA: Die Demokraten behalten die Kontrolle über den Senat und die Republikaner gewinnen die Kontrolle über das Repräsentantenhaus. Wie knapp auch immer einige der einzelnen Wahlen zum Kongress ausgefallen sein mögen und wie knapp die Mehrheit der Demokraten im Senat und der Republikaner im Repräsentantenhaus auch sein mag, die Auswirkungen der geteilten politischen Macht bedeuten keine wesentlichen Änderungen in der makroökonomischen Politik. Die Auswirkungen für die Finanzmärkte dürften moderat positiv sein, denn der Aktienmarkt hat sich bei solchen gespaltenen Machtverhältnissen in der Regel besser entwickelt.

In China gibt es einige kleiner Lockerungen beim Null-Covid-Regime. Das trägt dazu bei, dass die Störungen auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft (Lieferengpässe) abgebaut werden. Zudem gab es vergangene Woche beim G20-Gipfel eine leichte Annäherung Chinas an die westlichen Staaten mit Blick auf den Russland-Ukraine-Krieg.

Wichtige Termine: 21. – 27. November 2022

		Datum	Prognose	Konsens	Letzter Wert
Verbrauchervertrauen, November	Eurozone	22.11., 16:00	--	-26,0	-27,6
Ifo Geschäftsklimaindex, November	Deutschland	24.11., 10:00	84,5	85,0	84,3
BIP, Q3 (ggü. Vorquartal, final)	Deutschland	25.11., 08:00	0,3 %	0,3 %	0,3 %

Eurozone

Eurostat bestätigt mit den aktuellen BIP-Daten die frühere Schätzung: Die Wirtschaft der Eurozone ist im dritten Quartal um 0,2 % ggü. Vorquartal gewachsen. Wir gehen davon aus, dass die Eurozone im vierten Quartal 2022 und im ersten Quartal 2023 eine Rezession erleben wird – allerdings eine weniger ausgeprägte als Deutschland.

Leicht aufwärts ging es beim ZEW-Index für die Eurozone: Der Indikator für die aktuelle Lage stieg im November auf –65,1 von –70,6 im Oktober und der Indikator für die Erwartungen verbesserte sich im November auf –38,7 von –59,7 im Oktober.

USA

Nachdem die Demokraten die Mehrheit im Senat halten konnten, steht nun fest, dass die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus geholt haben. Damit konnten die Republikaner zumindest einen Teilerfolg feiern. Gemessen an den Prognosen bleibt das Ergebnis aber dennoch enttäuschend. Unterdessen hat Ex-Präsident Donald Trump wie erwartet bekanntgegeben, 2024 wieder für das Präsidentenamt kandidieren zu wollen. Nach den Zwischenwahlen, bei der insbesondere treue Trump-Gefolgsleute enttäuschende Ergebnisse einfuhren, muss sich allerdings erst zeigen, wie groß der Rückhalt für Donald Trump bei den Republikanern jetzt noch ist.

Deutschland

Die Inflationsrate ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Oktober um 10,4 % im Vorjahresvergleich gestiegen. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex, der die Inflationsmessung für die Euro-Teilnehmerländer vereinheitlicht, hat sogar um 11,6 % zugelegt.

Die deutsche Wirtschaft lief im dritten Quartal besser als befürchtet. Statt des erwarteten Rückgangs stieg das deutsche BIP gemäß vorläufiger Daten um 0,3 % (die finalen Daten werden diesen Freitag veröffentlicht). Dennoch befindet sich Deutschland wohl auf dem Weg in die Rezession – vor uns liegen zwei Quartale mit negativem Wachstum.

China

Chinas Regierung hat einige Änderungen/Lockerungen für die harte Corona-Politik angekündigt. Die Märkte haben darauf positiv reagiert.

Dennoch wird China immer mehr vom Wachstumsmotor zum Risikofaktor – wirtschaftlich und politisch. Das hat auch der jüngste Parteitag einmal mehr belegt. In der Taiwan-Frage bleibt es bei einer harten Haltung Chinas. Zudem bereitete Xi Jinping das Volk auf schwierige Zeiten und tiefgreifende globale Veränderungen vor. Und schließlich sinkt die Wirksamkeit der geld- und fiskalpolitischen Programme. Die Wirtschaft lässt sich also nicht mehr nach Belieben stimulieren.

Eurozone

Konjunktur- und Preisentwicklung

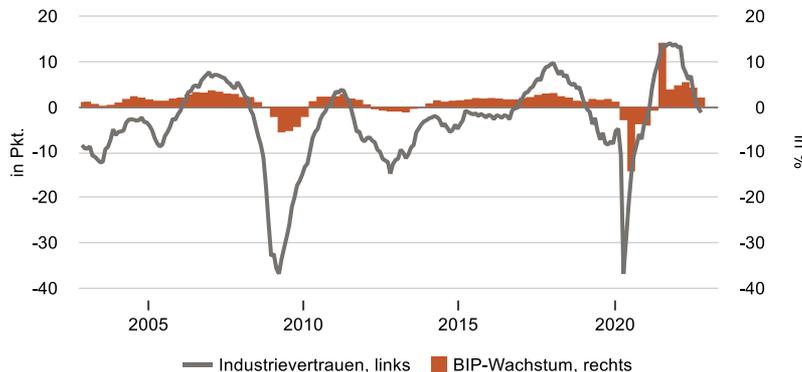


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Rezession im Winter

- Eurostat bestätigt mit den aktuellen BIP-Daten die frühere Schätzung: Die Wirtschaft der Eurozone ist im dritten Quartal um 0,2 % ggü. Vorquartal gewachsen. Wir gehen davon aus, dass die Eurozone im vierten Quartal 2022 und im ersten Quartal 2023 eine Rezession erleben wird – allerdings eine weniger starke als Deutschland.
- Dennoch sind die Ergebnisse der ZEW-Umfrage für die Eurozone sogar etwas schlechter als für Deutschland. Der Indikator für die aktuelle Lage stieg im November auf –65,1 von –70,6 im Oktober und der Indikator für die Erwartungen verbesserte sich im November auf –38,7 von –59,7 im Oktober.

Eurozone BIP-Wachstum und Industrievertrauen



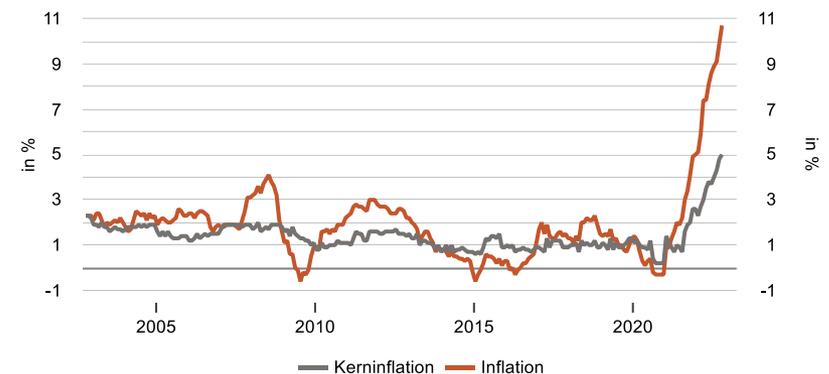
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 11/2002 – 11/2022

Die Preise steigen weiter rasant

- In der Eurozone klettert die Inflationsrate weiter in die Höhe. Nach 9,9 % im September liegt die Teuerungsrate im Oktober nun bei 10,7 %. Die Kerninflation ist von 4,8 auf 5,0 % gestiegen.
- Die Bandbreite der Inflationsraten bleibt sehr hoch: Frankreich markiert mit einer Inflationsrate von 7,1 % das untere Ende, Estland mit 22,4 % das obere Ende. Frankreich steht vergleichsweise gut da, weil die Regierung mit Preisbremsen den Anstieg der Energiepreise stark abfedert. Staatliche Eingriffe in die Preisbildung erschweren die Inflationsprognose.

Eurozone Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 10/2002 – 10/2022

Deutschland

Konjunktur- und Preisentwicklung

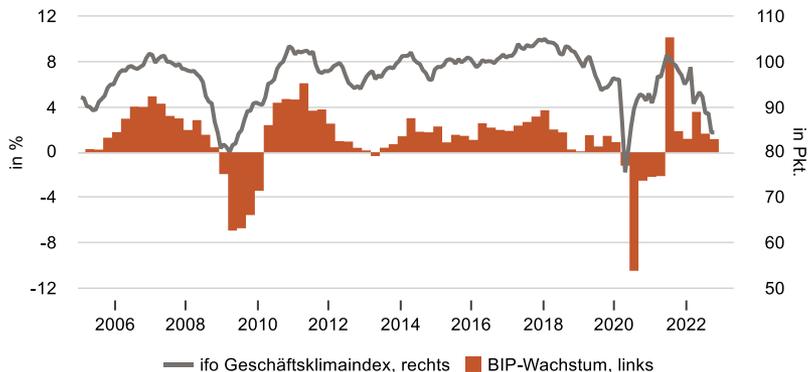


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

ZEW-Index: Lichtblick für das Frühjahr 2023?

- Aufgrund der hohen Energiekosten und wirtschaftlichen Risiken ist Deutschland wahrscheinlich in eine Rezession geraten. Eine Erholung könnte jedoch bereits im Frühjahr nächsten Jahres einsetzen. Nach dem Ende der Heizperiode wird sich das Vertrauen der Verbraucher, das sich derzeit auf einem Rekordtief befindet, wahrscheinlich wieder erholen.
- Die Ergebnisse der ZEW-Umfrage spiegeln die Situation gut wider. Der Indikator für die aktuelle Lage ist im November leicht auf $-64,5$ gestiegen (Oktober: $-72,2$). Die Erwartungen haben sich deutlich von $-59,2$ im Oktober auf $-36,7$ im November verbessert. Beides spielt sich aber auf sehr niedrigen Niveaus ab.

Deutsches BIP und ifo Geschäftsklima



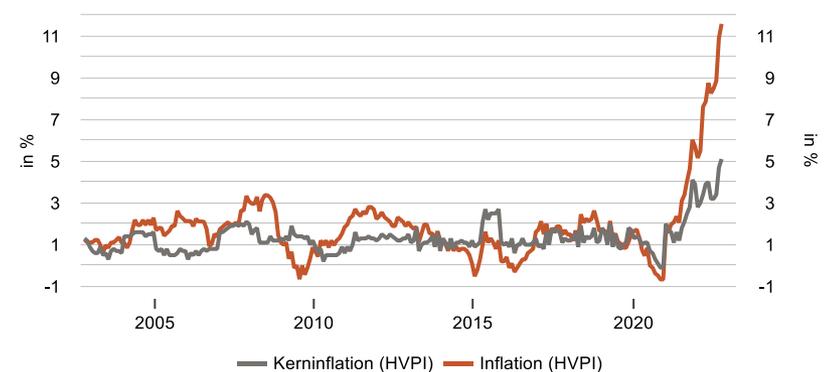
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 10/2005 – 10/2022

Inflationsrate weiter gestiegen

- Nach deutscher Berechnungsweise ist die Inflationsrate um $10,4\%$ gegenüber dem Vorjahres-Oktober gestiegen (vorläufige Daten). Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex, der die Inflationsmessung für die Euro-Teilnehmerländer vereinheitlicht, hat sogar um $11,6\%$ zugelegt. Diese Woche Freitag werden die endgültigen Daten veröffentlicht.
- Der Tarifabschluss der IG Metall für die Metall- und Elektroindustrie sieht eine Tarifierhöhung von $5,2\%$ zum Juni 2023 und $3,3\%$ ab Mai 2024 zzgl. einer 3.000 Euro Inflationsausgleichsprämie (netto) vor. Damit erhalten die Arbeitnehmer einen partiellen Inflationsausgleich. Gesamtwirtschaftlich ist es ein Abschluss mit Augenmaß.

Deutschland Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 10/2001 – 10/2022

Großbritannien

Konjunktur- und Preisentwicklung

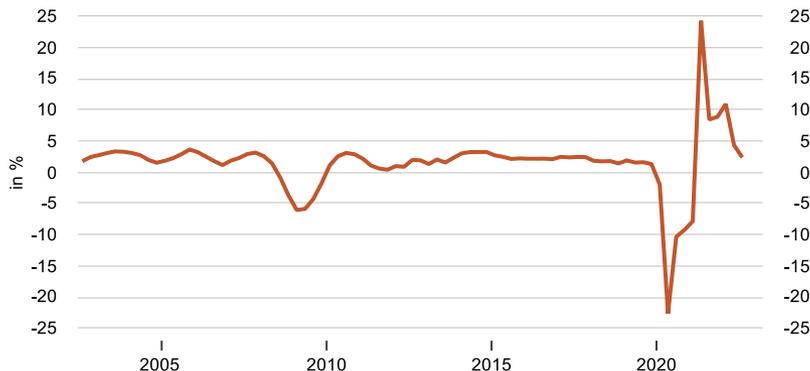


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Höhere Steuern angekündigt

- Der britische Finanzminister Jeremy Hunt hat angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage Steuererhöhungen angekündigt. Alle Bürger müssten sich auf höhere Steuern einstellen – vor allem Wohlhabende und Besserverdiener. Auf der Ausgabenseite sollen zudem Einsparungen vorgenommen werden. Damit wäre die komplette Abkehr von den „Trussonomics“ besiegelt. Die ehemalige Premierministerin Liz Truss hatte vor einigen Wochen die Märkte mit Steuersenkungsplänen in Aufruhr versetzt.
- Inzwischen wird immer klarer, dass die Zeiten vermeintlich kostenloser staatlicher Wohltaten zu Ende geht. Die alte ökonomische Binsenweisheit – „Es gibt nichts umsonst“ – war lange aus der Mode, feiert nun aber ihr Comeback.

Großbritannien BIP-Wachstum (ggü. Vorjahr)



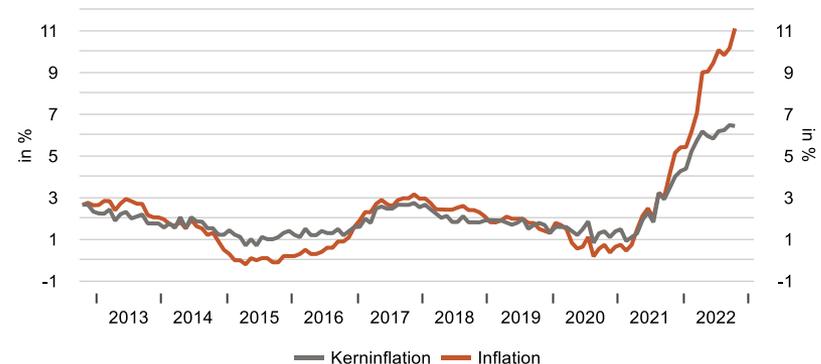
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 09/2002 – 09/2022

Die Preise ziehen abermals an

- Die Verbraucherpreise stiegen im Oktober um 11,1 % ggü. Vorjahr und damit deutlich stärker als im September (10,1 %). Der Bloomberg-Konsens und auch wir hatten lediglich mit einem Anstieg auf 10,7 % gerechnet.
- Die Inflation hatte bereits ein 40-Jahres-Hoch erreicht. Insofern ist die positive Überraschung besorgniserregend. Der Anstieg ist jedoch größtenteils auf die Anhebung der Preisobergrenze für Haushaltsenergie im Oktober zurückzuführen. Die Kerninflation bewegt sich mit 6,5 % im Jahresvergleich seitwärts. Der Anstieg der Erzeugerpreise hält weiter an. Mit etwas Glück hat die Inflation im Oktober ihren Höhepunkt erreicht.

Großbritannien Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 10/2012 – 10/2022

USA

Konjunktur- und Preisentwicklung

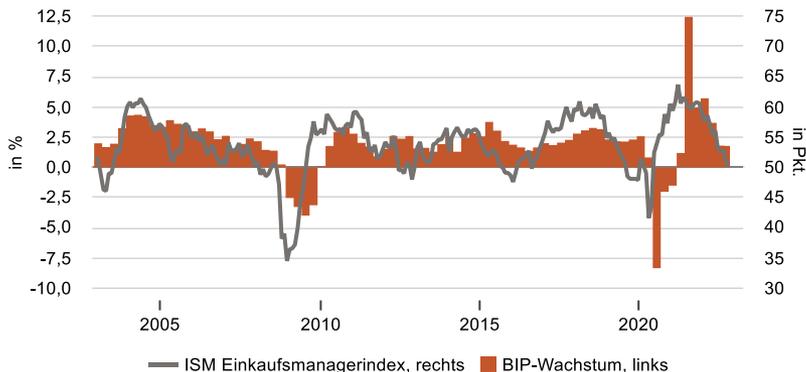


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Konjunktur: Gemischte Daten

- Die Industrieproduktion steht auf etwas wackeligeren Füßen. Im Oktober ging sie gegenüber dem Vormonat um 0,1 % zurück und der September-Wert wurde von +0,4 % auf nur noch +0,1 % runter revidiert. Dagegen zeichnen die Einzelhandelsumsätze ein positives Bild. Sie stiegen im Oktober um 1,3 % gegenüber dem Vormonat. Die gedrückte Verbraucherstimmung und die höheren Zinsen schlagen offenbar noch nicht durch. Es deutet sich ein relativ starkes Weihnachtsgeschäft an.
- Weitere Entspannung an der Preisfront: Erzeugerpreisindex (PPI) für die Endnachfrage stieg im Oktober um 0,2 % gegenüber dem Vormonat und verringerte damit den Anstieg im Jahresvergleich auf 8 %.

USA BIP-Wachstum und Einkaufsmanagerindex



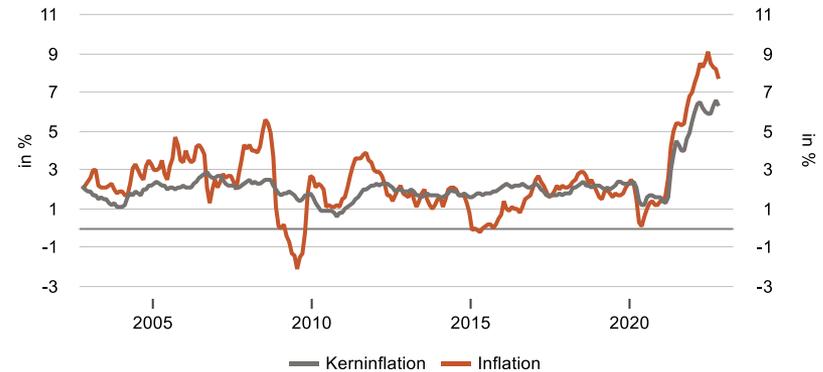
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 10/2001 – 10/2022

Republikaner mit Mehrheit im Repräsentantenhaus

- Nachdem die Demokraten die Mehrheit im Senat halten konnten, steht nun fest, dass die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus geholt haben. Damit konnten die Republikaner zumindest einen Teilerfolg feiern. Gemessen an den Prognosen bleibt das Ergebnis aber dennoch enttäuschend.
- Unterdessen hat Ex-Präsident Donald Trump wie erwartet bekanntgegeben, 2024 wieder für das Präsidentenamt kandidieren zu wollen. Nach den Zwischenwahlen, bei der insbesondere treue Trump-Gefolgsleute enttäuschende Ergebnisse einfuhren, muss sich allerdings erst zeigen, wie groß der Rückhalt für Donald Trump bei den Republikanern jetzt noch ist.

USA Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 10/2002 – 10/2022

Euro hält sich oberhalb der Parität

- Der Euro kann sich vorerst oberhalb der Parität behaupten. Allerdings ist er von seinem Wochen-Hoch bei knapp 1,05 US-Dollar je Euro zum Wochenbeginn unter die Marke von 1,03 zurückgefallen. Insgesamt profitiert der Euro von der etwas besseren Nachrichtenlage und der verbesserten Marktstimmung, die den US-Dollar schwächt.
- Dass der Euro noch keine echte Stärke entwickelt hat, zeigt sich gegenüber dem Schweizer Franken: Hier fallen die Gewinne bescheidener aus und der Wechselkurs bleibt mit gut 0,98 Franken je Euro immer noch deutlich unter der Parität.

Wechselkurs EUR/USD



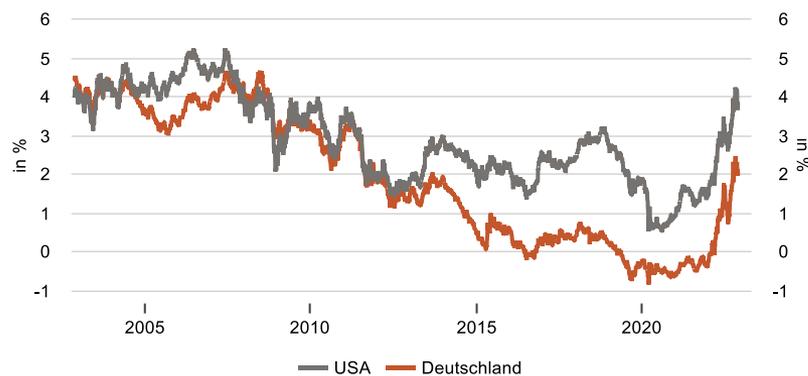
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 11/2017 – 11/2022

Anleihemärkte suchen nach Orientierung

- Nach dem rasanten Zinsanstieg in diesem Jahr gab es in den letzten eineinhalb Wochen einen leichten Rücksetzer. Bei den zehnjährigen US-Staatsanleihen ging es von rund 4,2 % in der Spitze zurück auf aktuell 3,8 %. Die Rendite der deutschen Pendanten fiel von gut 2,3 % auf rund 2 % zurück.
- Die leicht positive Überraschung bei den US-Inflationsdaten hat zur Hoffnung geführt, dass die amerikanische Notenbank ihren Straffungskurs allmählich bremsen kann und dass auch in den anderen großen Wirtschaftsräumen bald eine gewisse Disinflation einsetzen könnte.

Rendite 10-jähriger Staatsanleihen



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 11/2002 – 11/2022

Kapitalmarktprognosen



BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

			Aktuell	Prognose	
			18.11.2022	30.06.2023	31.12.2023
Aktienmärkte	USA	S&P 500	3.965	4.250	4.500
		DAX	14.431	15.000	15.800
	Europa	EURO STOXX 50	3.924	4.000	4.200
		MSCI Großbritannien	2.123	2.350	2.400
Rentenmärkte	USA	Fed Funds	3,75-4,00	4,75-5,00	4,25-4,50
		10 Jahre	3,82	3,70	3,40
	Euroland	Hauptrefinanzierungssatz	2,00	2,75	2,75
		10 Jahre*	2,07	2,50	2,70
	Großbritannien	Bank Rate	3,00	3,50	3,00
		10 Jahre	3,23	3,50	3,40
Währungen	USA	EUR/USD	1,03	1,05	1,10
	Schweiz	EUR/CHF	0,98	1,00	1,02
	Großbritannien	EUR/GBP	0,86	0,85	0,85
	Japan	EUR/JPY	144	147	151

*Bundesanleihen.



Wirtschaftliches Umfeld

	BIP					Inflation				Arbeitslosenquote				Saldo Staatshaushalt			
	Anteil	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Welt*	100,0	6,2	2,9	1,2	2,6												
USA	23,9	5,9	1,9	-0,2	1,2	4,7	8,1	4,2	2,6	5,4	3,7	4,5	4,8	-12,8	-6,7	-5,0	-4,0
China	18,1	8,1	3,3	4,4	3,9	0,9	2,2	2,5	2,3	3,9	4,1	4,0	3,9	-5,0	-4,2	-4,0	-3,5
Japan	5,1	1,7	1,5	0,6	1,2	-0,2	2,5	2,2	0,9	2,8	2,6	2,5	2,4	-8,5	-6,5	-5,3	-4,0
Indien	3,2	8,7	8,0	6,5	6,7									-10,4	-7,0	-6,5	-6,0
Lateinamerika	5,2	6,8	2,5	1,0	2,5									-4,5	-6,0	-6,0	-4,5
Europa	26,3	5,6	2,5	-1,0	1,9												
Eurozone	15,1	5,3	3,1	-0,8	2,3	2,6	8,6	6,8	2,1	7,7	6,8	7,3	6,9	-5,1	-4,2	-4,5	-2,6
Deutschland	4,4	2,6	1,6	-1,1	2,5	3,2	8,8	7,1	2,1	3,6	3,1	3,4	3,0	-3,7	-3,0	-3,2	-1,5
Frankreich	3,0	6,8	2,4	-0,3	2,3	2,1	5,9	5,2	1,9	7,9	7,3	7,6	6,9	-6,5	-5,2	-5,6	-3,0
Italien	2,2	6,7	3,6	-0,9	1,5	1,9	8,7	7,3	2,0	9,5	8,2	8,7	8,0	-7,2	-5,5	-5,0	-2,8
Spanien	1,5	5,5	4,5	-0,2	2,4	3,0	8,5	3,2	2,0	14,8	12,9	13,5	12,8	-6,9	-5,1	-5,0	-2,9
Portugal	0,3	5,5	6,5	-0,4	2,3	0,9	8,1	5,9	2,0	6,6	6,0	6,8	6,6	-2,8	-1,9	-2,1	-1,1
Anderes Westeuropa																	
Großbritannien	3,3	7,5	4,2	-1,3	2,0	2,6	9,0	5,4	1,6	4,5	3,8	4,9	4,7	-7,4	-7,7	-4,2	-3,5
Schweiz	0,8	3,7	1,8	-0,8	1,5	0,6	3,0	2,0	0,9	3,0	2,3	2,6	2,0	-1,9	-0,7	-1,3	-0,4
Schweden	0,7	4,9	2,0	-1,0	2,2	2,2	6,5	4,0	2,0	8,8	7,5	8,3	7,5	-1,0	-2,5	-3,0	-1,0
Osteuropa																	
Russland	1,8	4,7	-6,0	-4,0	-2,0	6,6	25,0	15,0	6,0	4,8	4,0	5,0	5,5	0,7	-7,0	-8,0	-10,0
Türkei	0,8	11,2	5,0	1,0	2,5	19,6	73,0	40,0	20,0	12,0	11,0	10,0	9,0	-3,5	-6,1	-5,5	-6,0

Quelle: Arbeitslosigkeit: ILO/Eurostat Definition; Saldo Staatshaushalt in % des BIP

* Zu tatsächlichen Wechselkursen nicht Kaufkraftparität KKP würde den schnell wachsenden Schwellenländern mehr Gewicht beimessen

Anteile basieren auf BIP-Zahlen des IWF World Economic Outlook 2021